

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	V
Inhaltsverzeichnis.....	VII
A. Einleitung	1
I. Die fortdauernde Problematik der verfassungsrechtlichen Zulässigkeit von Sonderabgaben.....	1
1. Die Zulässigkeit von Sonderabgaben: seit Jahrzehnten in der Diskussion.....	1
2. Der Lösungsansatz des Zweiten Senats des BVerfG mit der Konzeption Gruppenhomogenität, Gruppenverantwortung (Sachnähe) und gruppennützige Verwendung	12
3. Die verfassungsrechtliche Unzulässigkeit des sogenannten Kohlepfennigs	14
4. Die Verfassungswidrigkeit der Feuerwehr-/Feuerschutzabgabe.....	17
5. Anhaltende Zweifel an der Lösungskonzeption des BVerfG.....	18
6. Die verfassungsrechtliche Zulässigkeit des sogenannten Wasserpennigs	21
7. Kein Fortschritt in der Dogmatik durch die Entscheidungen des BVerfG vom 7. Mai 1998 zur sogenannten Verpackungssteuer und zu den Landesabfallabgaben.....	23
8. Die Entscheidung des BVerfG vom 9. November 1999 zum hessischen Sonderurlaubsgesetz.....	25
9. Das neueste Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu einer Sonderabgabe: Die Entscheidung vom 17. Juli 2003 zu den Altenpflegeumlagen in 4 Bundesländern	27
II. Gesteigerte Anforderungen an die Zulässigkeit von Abgaben: Die Urteile des BVerfG zum sogenannten Einheitswert für die Vermögensteuer und Erbschaftsteuer	28
III. Ergebnis zu Teil A.....	29
B. Kritik des vorherrschenden Lösungsansatzes des BVerfG.....	31
I. Welche Probleme will die vorherrschende Konzeption lösen?	31
II. Die Sonderstellung der Sozialversicherungsbeiträge nach dem Grundgesetz.....	32

III. Zur begrifflichen Abgrenzung von Sonderabgaben und sonstigen nichtsteuerlichen Abgaben	34
1. Keine Identität von Begriffs- und Zulässigkeitsmerkmalen von Sonderabgaben?	35
2. Der verfassungsrechtliche Steuerbegriff als Ausgangspunkt für eine Begriffsbildung	37
3. Die begriffliche Abgrenzung von Vorzugslasten, korporativen Verbandslasten und causabezogenen Abgaben von den Steuern	41
4. Die begriffliche Abgrenzung von Sonderabgaben und ähnlichen nichtsteuerlichen Abgaben von den Steuern	42
IV. Die vorherrschende Lösungskonzeption von Karl Heinrich Friauf / Zweiter Senat des BVerfG	44
1. Eignung zur Sicherung der Lastengleichheit?	44
1.1 Die Herkunft der Konzeption homogene Gruppe, Gruppenverantwortung (Sachnähe) und gruppennützige Verwendung	44
1.2 Die Abgrenzbarkeit der Gruppe - Voraussetzung für die Feststellung von Homogenität und gruppennütziger Verwendung... ..	48
1.3 Die Homogenität der Gruppe	53
1.4 Die (behauptete) Verantwortung der Gruppe (Sachnähe).....	58
1.5 Die Theorie vom staatsfernen Kreislauf oder von der erzwungenen Selbsthilfe.....	64
1.6 Zwischenergebnis	65
2. Eignung des vorherrschenden Lösungsansatzes zur Sicherung der bundesstaatlichen Machtbalance?	66
2.1 Die Entwicklung des vorherrschenden Lösungsansatzes ohne jeden Bezug auf die Sicherung der bundesstaatlichen Machtbalance.....	66
2.2 Die fehlende Eignung des vorherrschenden Lösungsansatzes zur Sicherung der bundesstaatlichen Machtbalance	67
2.3 Zwischenergebnis	70
3. Eignung des vorherrschenden Lösungsansatzes zur Sicherung des Budgetrechts des Parlaments?.....	70
4. Ergebnis der Beurteilung der vorherrschenden Lösungskonzeption.....	71
V. Lässt sich den Entscheidungen des Ersten Senats des BVerfG eine tragfähige Lösungskonzeption entnehmen?.....	72
1. Die Entscheidung zur Abgabe nach dem Schwerbehindertengesetz.....	73
2. Das Urteil zur Erstattungspflicht der Arbeitgeber nach § 128 AFG	77
3. Der Beschluss zur Feuerwehrabgabe in Baden-Württemberg bzw. zur Feuerschutzabgabe in Bayern.....	78
4. Ergebnis zu den Kriterien des Ersten Senats des BVerfG.....	79
VI. Ergebnis zu Teil B.....	79

C. Eigene Auffassung zu den verfassungsrechtlichen Zulässigkeitskriterien für Sonderabgaben.....	83
I. Thesenförmige Zusammenfassung der Überlegungen und Ergebnisse der eigenen Auffassung.....	83
II. Der Gesamtzusammenhang zwischen dem Grundrechtsschutz gegen Abgabenerhebung, dem System der parlamentarischen Demokratie, den Aufgaben des modernen Staates und der Eigentums- und Wirtschaftsordnung des Grundgesetzes.....	86
1. Der Gesamtzusammenhang bei der Steuer als bedeutendster finanzrechtlicher Abgabe.....	87
1.1 Der Grundrechtsschutz bei der Erhebung von Steuern: die herkömmliche Auffassung.....	87
1.2 Die Mitwirkung der Stände an der Steuerbewilligung und die damit zusammenhängende Entwicklung zu einer parlamentarischen Demokratie.....	91
1.3 Die Situation unter dem Grundgesetz: Die Grundrechte als materielle Gewährleistung der Rechte des Bürgers und somit zweite Ebene der Kontrolle staatlicher Eingriffe.....	93
1.4 Die Funktionsschwäche des Verhältnismäßigkeitsprinzips bei der Steuererhebung.....	94
1.5 Die Voraussetzungslosigkeit und damit Zweckoffenheit der Steuer: ein Essential für den Steuerstaat in unserer parlamentarischen Demokratie.....	96
1.6 Die Kompensation der verminderten Grundrechtsrelevanz bei der Steuer durch die kontinuierliche Legitimation der Steuererhebung durch das Parlament als Haushaltsgesetzgeber.....	99
1.7 Zwischenergebnis zur Situation bei der Steuer.....	103
2. Der Gesamtzusammenhang bei den Vorzugslasten.....	104
2.1 Die geringere Notwendigkeit eines intensiven Grundrechtsschutzes bei Vorzugslasten: individueller Vorteil und autonome Entscheidungsfreiheit.....	104
2.2 Vorzugslasten und der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit.....	105
2.3 Die Problematik von Verleihungsgebühren wie z. B. dem sogenannten Wasserpennig.....	107
2.4 Zwischenergebnis zur Situation bei Vorzugslasten.....	107
3. Der Gesamtzusammenhang bei den Verbandslasten.....	108
3.1 Vorverlagerter Grundrechtsschutz gegen Verbandslasten durch die negative Vereinigungsfreiheit sowie Kompensation durch Teilhaberechte.....	108
3.2 Zwischenergebnis zur Situation bei den Verbandslasten.....	109
4. Ergebnis zur Situation bei den herkömmlichen Abgaben des Finanzrechts.....	110
III. Die Konsequenzen für die finanzverfassungsrechtliche Beurteilung von Sonderabgaben oder anderen nichtsteuerlichen Abgaben.....	110
IV. Die Auswirkungen der erarbeiteten Grundprinzipien auf Sonderabgaben.....	114

1. Die Auswirkungen bei rechtspflichtbezogenen Sonderabgaben	114
1.1 Begriffliche Abgrenzung	114
1.2 Der entbehrliche Grundrechtsschutz gegen die Erhebung rechtspflichtbezogener Sonderabgaben	115
1.3 Die Sicherung der Lastengleichheit bei rechtspflichtbezogenen Sonderabgaben	116
1.4 Bundesstaatliche Machtbalance und Budgetrecht der Parlaments: Bei rechtspflichtbezogenen Sonderabgaben nicht gefährdet	117
1.5 Ergebnis	118
2. Die Auswirkungen bei Sonderabgaben, die auf eine Marktordnung bezogen sind	118
2.1 Begriffliche Abgrenzung	118
2.2 Marktordnungsbezogene Sonderabgaben und der Grundrechtsschutz	119
2.3 Die Lastengleichheit bei marktordnungsbezogenen Sonderabgaben	119
2.4 Bundesstaatliche Machtbalance und Budgetrecht des Parlaments: Bei marktordnungsbezogenen Sonderabgaben nicht gefährdet	120
2.5 Ergebnis	120
3. Die Unvereinbarkeit anderer Sonderabgaben mit den erarbeiteten Grundprinzipien	121
3.1 Die Abgabe auf Sonderabfall nach dem LandesabfallabgabenG Baden-Württemberg als Ausgangsbeispiel	121
3.2 Die Problematik eines ausreichenden Individualschutzes bei derartigen Sonderabgaben	123
3.2.1 Keine Vernachlässigung des Grundrechtsschutzes bei der Erhebung von Abgaben	123
3.2.2 Exkurs: Die Gefahr einer Umgehung des Grundrechtsschutzes ..	126
3.2.3 Konkrete Anwendung der Befunde auf das Beispiel "Abgabe nach dem LandesabfallabgabenG Baden-Württemberg"	128
3.3 Aspekte der Lastengleichheit	130
3.4 Die Gefährdung des bundesstaatlichen Machtgleichgewichts	132
3.5 Die Umgehung des Budgetrechts des Parlaments	133
3.6 Ergebnis	133

D. Anwendung der eigenen Auffassung auf einige Beispiele von

Sonderabgaben bzw. nichtsteuerlichen Abgaben..... 135

I. Abgaben, die dem Schutz bzw. der Verbesserung der Umwelt

dienen sollen..... 136

1. Der Wasserpfennig oder: heiligt der Zweck die Mittel?..... 138

 1.1 Der Anlass: die Verpflichtung zur Leistung eines Entgeltes für
 Wasserentnahmen nach § 17a WasserG Baden-Württemberg
 bzw. § 1 Grundwasserabgabengesetz Hessen..... 138

 1.2 Die Begründung des BVerfG 142

 1.3 Kritik 142

1.3.1 Notwendige Präzisierung der Hauptthese des BVerfG und Einwendungen gegen deren inhaltliche Richtigkeit	143
1.3.2 Verfassungsrechtliche Bedenken gegen die Hauptthese des BVerfG	150
1.4 Ergebnis zum Wasserpfennig:	155
2. Abgaben, die den Individualverkehr eindämmen sollen (z.B. Nahverkehrsabgabe).....	155
2.1 Der Anlass für solche Abgaben und Modelle zu deren Ausgestaltung.....	155
2.2 Die Unzulässigkeit der Erhebung einer Nahverkehrsabgabe.....	158
2.3 Die verfassungsrechtliche Problematik einer Pendlerabgabe	160
3. Abgaben zur Verbesserung der Qualität eines Umweltmediums	161
3.1 Beurteilung der vorgesehenen CO ₂ - / Energieabgabe.....	162
3.2 Ausgleichsabgaben nach dem Naturschutzrecht (§ 8 BNaturSchG).....	163
4. Verfassungsrechtliche Beurteilung des Solidarfonds Abfallrückführung.....	164
4.1 Anlass und Ausgestaltung des Solidarfonds Abfallrückführung	164
4.2 Verfassungsrechtliche Zulässigkeit des Solidarfonds Abfallrückführung	166
5. Sonstige Abgaben, die dem Schutz bzw. der Verbesserung der Umwelt dienen sollen	171
II. Wirtschaftsverwaltungsrechtliche Abgaben.....	172
1. Die Universaldienstleistungsabgabe nach § 21 Telekommunikationsgesetz.....	172
1.1 Der Anlass zur Einführung dieser Abgabe	172
1.2 Finanzverfassungsrechtliche Beurteilung der Universaldienstleistungsabgabe.....	174
1.2.1 Exkurs: Die Indienstnahme Privater für öffentliche Zwecke und die Parallelität der Rechtfertigung einer solchen Sonderbelastung zum Gesichtspunkt der Lastengleichheit bei Sonderabgaben.....	176
1.2.2 Zur Zulässigkeit einer Indienstnahme nach § 18 TKG	180
2. Die Unzulässigkeit der Sonderabgabe nach § 10 des AbsatzfondsG ...	183
3. Die Unzulässigkeit der Sonderabgabe nach § 43 Weingesetz.....	187
4. Marktordnungsabgaben.....	188
III. Die Diskussion über Sonderabgaben und ähnliche Abgaben in anderen Rechtsgebieten	189
1. Die Altenpflegeumlagen nach den einschlägigen landesrechtlichen Regelungen	190
1.1 Der Diskussionsstand zu den Altenpflegeumlagen in Nordrhein- Westfalen und Baden-Württemberg vor der Entscheidung des BVerfG vom 17.07.2003	190
1.2 Kritik an der Entscheidung des BVerfG vom 17.07.2003	197
2. Die Ablösung der Stellplatzpflicht.....	201
3. Zur Schwerbehindertenabgabe und zur Feuerwehr-/ Feuerschutzabgabe.....	204

4. Die Zulässigkeit einer Arbeitsmarktabgabe für Beamte und Selbständige	205
E. Ausblick.....	209
F. Zusammenfassung der Ergebnisse.....	211
Ergebnis zu Teil A: Einleitung	211
Ergebnis zu Teil B: Kritik des vorherrschenden Lösungsansatzes des BVerfG.....	212
Ergebnis zu Teil C: Eigene Auffassung zu den verfassungsrechtlichen Zulässigkeitskriterien für Sonderabgaben	214
Ergebnis zu Teil D: Anwendung der eigenen Auffassung auf einige Beispiele von Sonderabgaben bzw. nichtsteuerlichen Abgaben.....	217
1. Umweltbezogene Sonderabgaben	217
2. Sonderabgaben im Wirtschaftsverwaltungsrecht	217
3. Sonstige Sonderabgaben	218
G. Literaturverzeichnis.....	221

Verfassungsrechtliche Zulässigkeit von
Sonderabgaben

Staudacher, R.

2004, XII, 240 S., Softcover

ISBN: 978-3-540-21263-8